LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 18. bis 19. - öffentliche - Sitzung (Reise)

des Unterausschusses „Tourismus“

des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

vom 16. bis 18. September 2024

in Brüssel

Tagesordnung: Seite:

Parlamentarische Informationsreise zur Unterrichtung über verschiedene tourismuspolitisch relevante Themen und Entwicklungen

Begrüßung 4

Gespräch mit Robert Mathiak, Generaldirektion für Justiz und Verbraucherschutz (DG JUST), Referat B2 - Verbraucherrecht, über die Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie 5

Gespräch mit Marie-Hélène Pradines, Andreea Staicu und Elfa Kere von der Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU über aktuelle Themen und Initiativen der EU-Tourismuspolitik 6

Gespräch mit Egbert Holthius, Sabrina Ferrazaguarino und Justus Seuferle von der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Inklusion über den Fachkräftemangel, Fördermaßnahmen im ESF+ und die Zukunft der Kohäsionspolitik 9

Gespräch mit Philipp Runge, Generaldirektion für den Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, Referat G3 „Digitale Transformation der Industrie“, zum Thema EU-Regelungsrahmen über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften 12

Gespräch mit Till Spannagel, Leiter der Abteilung Wirtschaft, und Stephanie Baum, Attachée für Tourismuspolitik, von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU über aktuelle Themen und EU-Initiativen im Bereich Tourismus aus Perspektive des Bundes 16

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Oliver Ebken (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Christoph Bratmann (SPD)
3. Abg. Frank Henning (SPD)
4. Abg. Björn Meyer (SPD)
5. Abg. Philipp Meyn (SPD)
6. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
7. Abg. Axel Miesner (CDU)
8. Abg. Jonas Pohlmann (CDU)
9. Abg. Colette Thiemann (CDU)
10. Abg. Sina Maria Beckmann (GRÜNE)
11. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE)
12. Abg. Marcel Queckemeyer (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin,
Regionsverwaltungsrat Weigel.

Niederschrift:

Redakteur Ramm, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer:
16. September 2024, 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr,
17. September 2024, 9:30 Uhr bis 16:35 Uhr,
18. September 2024: Rückreise.

Außerhalb der Tagesordnung:

Parlamentarische Informationsreise nach Norditalien im Jahr 2025

Der **Unterausschuss** kommt überein, die vereinbarte Parlamentarische Informationsreise nach Südtirol, zum Gardasee und nach Venedig im ersten Halbjahr 2026 durchzuführen.

ITB und Grüne Woche im Jahr 2025

Ferner nimmt er in Aussicht, auf eine parlamentarische Informationsreise anlässlich der ITB 2025 zu verzichten und am Rande des September-Plenums die Möglichkeit einer Informationsreise anlässlich der Grünen Woche 2025 zu erörtern.

Austausch mit dem Arbeitskreis Tourismus der IHK Nord

Des Weiteren verständigt er sich darauf, einen Austausch mit dem Arbeitskreis Tourismus der IHK auf die Tagesordnung der Sitzung am 21. November 2024 zu setzen.

Auswärtige Sitzung in Wittmund

Außerdem einigt er sich darauf, auf Einladung des Tourismusverbands Niedersachsen e. V. im Jahr 2025 eine auswärtige Sitzung in Wittmund abzuhalten.

***

Tagesordnung:

Parlamentarische Informationsreise zur Unterrichtung über verschiedene tourismuspolitisch relevante Themen und Entwicklungen

18. Sitzung am 16. September 2024

Begrüßung

Der **Unterausschuss** wird am Nachmittag des 18. Septembers 2024 von Michael Freericks, dem Leiter der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU (LV), in den Räumlichkeiten der Landesvertretung begrüßt.

Herr **Freericks** (LV) informiert einführend über die absehbaren Entwicklungen infolge der für den Folgetag vorgesehenen Vorstellung der geplanten Struktur sowie der designierten Mitglieder des neuen Kollegiums der EU-Kommission durch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Zu einer Frage von Abg. **Björn Meyer** (SPD) führt Herr **Freericks** (LV) aus, Tourismus spiele im Vergleich zu Themen wie Transformation, Umweltschutz und Landwirtschaft eine eher untergeordnete Rolle im Handlungsrahmen der EU. - ORR'in **Nowak** (LV) erinnert daran, dass der Tourismusbereich von Entwicklungen in vielen anderen Bereichen wie Verkehr, Fachkräfte, transeuropäische Verkehrsnetze, Digitalisierung und Transformation maßgeblich berührt werde, wie auch das Programm des Unterausschusses zeige.

Auf eine Nachfrage von Abg. **Oliver Ebken** (SPD) zum Thema Bürokratieabbau erwidert Herr **Freericks** (LV), es sei unverzichtbar, dass strenge Gesetze und Vorschriften zum Nachweis der Mittelverwendung von EU-Fördermitteln existierten, die für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen gälten, weil in einigen Ländern ein hohes Risiko unsachgemäßer Mittelverwendung bestehe.

Beim Abbau von Bürokratie handele es sich um ein erklärtes Kernziel der EU-Kommission. Der Green Industrial Deal solle zur Entlastung der Industrie und zu deren Ertüchtigung für die Transformation beitragen, was neben Hilfen über Fördermittel auch den Abbau von Bürokratie beinhalte. - ORR'in **Nowak** (LV) ergänzt, Kommissionspräsidentin von der Leyen habe in ihrer Antrittsrede die EU-Kommissarinnen und -Kommissare beauftragt, in ihren Bereichen nach Bürokratieabbaumöglichkeiten zu suchen und entsprechende Dialoge mit Stakeholderinnen und Stakeholdern zu führen. Eine Vizepräsidentin bzw. ein Vizepräsident solle für die Koordination dieses Prozesses verantwortlich sein. Hierzu sei ein jährlicher Bericht vorzulegen.

*

19. Sitzung am 17. September 2024

Gespräch mit Robert Mathiak, Generaldirektion für Justiz und Verbraucherschutz (DG JUST), Referat B2 - Verbraucherrecht, über die Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie

Präsentationsgrafiken: ***Anlage 1***

Herr **Mathiak** (DG JUST) referiert über die Genese der aktualisierten Pauschalreiserichtlinie sowie über den aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens. Hierzu trägt er im Wesentlichen die Inhalte der Präsentationsgrafiken vor, auf die insofern verwiesen wird.

Abg. **Oliver Ebken** (SPD) und Abg. **Colette Thiemann** (CDU) problematisieren die zu erwartende Kostensteigerung als Folge der avisierten Änderungen, was Pauschalreiseanbieter wie TUI in Bedrängnis bringen könne, da Reiseinteressierte sich tendenziell vermehrt entscheiden würden, günstigere Individualbuchungen Pauschalreisen vorzuziehen - Herr **Mathiak** (DG JUST) wendet ein, die zu erwartende Kostensteigerung werde gemäß einer Folgenabschätzung nur geringfügig sein. Insbesondere in Deutschland seien Pauschalreisen nach wie vor sehr beliebt.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) bittet um erweiterte Informationen zu Kundenschutzregelungen im Falle einer Insolvenz von Reiseveranstaltern - Herr **Mathiak** (DG JUST) sagt, schon nach der aktuellen Richtlinie müssten Zahlungen für nicht erbrachte Leistungen inklusive etwaiger Zusatzkosten erstattet werden. Die Rückführung müsse außerdem gewährleistet sein. In diesem Zusammenhang erwähnt er den Deutschen Reisesicherungsfonds.

Abg. **Colette Thiemann** (CDU) gibt bezüglich der Rückerstattungsregelungen zu bedenken, dass viele Fluggesellschaften nicht in der EU ansässig seien.

Die Mitgliedstaaten stünden nun vor der Aufgabe, die EU-Richtlinie inhaltlich und verfahrenstechnisch kongruent umzusetzen. Es sei zu befürchten, dass aus vielen unterschiedlichen und kleinteiligen Länderregelungen ein „Regelungsflickenteppich“ entstehe.

Herr **Mathiak** (DG JUST) sagt, es handele sich um eine Vollharmonisierungsrichtlinie; es dürfe also keinen abweichenden Schutzstatus in den Mitgliedstaaten geben. Allerdings existierten Ausnahmen. Die Haftung der Reisebüros sei EU-weit zum Beispiel nicht einheitlich geregelt. Des Weiteren verfügten die Mitgliedstaaten Spielraum beim Insolvenzschutz. Bei fehlerhafter bzw. unzureichender Umsetzung der Richtlinie müsse ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden.

Auf eine abschließende Frage des Abg. **Björn Meyer** (SPD) zum vorhersehbaren Erfolg der Richtlinie insbesondere mit Blick auf eine Bürokratieminderung führt Herr **Mathiak** (DG JUST) aus, Verbraucherschutz stelle keine Bürokratie im eigentlichen Sinne dar, da er von Vorteil für die Verbraucherinnen und Verbraucher sei. Die Komplexität der Materie lasse eine Vereinfachung aber nur bis zu einem bestimmten Punkt zu. Umgekehrt bedeutete ein Bürokratieabbau insofern häufig auch eine Minderung des Verbraucherschutzes. Die Reduzierung der Informationsformulare für verbundene Reiseleistungen von fünf auf zwei (Seite 6 der Präsentation) sei ein Beispiel für konstruktiven Bürokratieabbau.

*

19. Sitzung am 17. September 2024

Gespräch mit Marie-Hélène Pradines, Andreea Staicu und Elfa Kere von der Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU über aktuelle Themen und Initiativen der EU-Tourismuspolitik[1]

Präsentationsgrafiken: ***Anlage 2***

RefL'in **Pradines** (DG GROW) stellt im Wesentlichen die Inhalte der Präsentationsgrafiken vor, auf die insofern verwiesen wird.

Darüber hinaus spricht sie insbesondere über die Notwendigkeit, umweltschädliche Folgen des Tourismus erheblich einzuschränken. Etwa 10 % des gesamten CO_2-Ausstoßes innerhalb der EU sei auf touristische Aktivitäten zurückzuführen. Der Transportsektor, wozu auch Nahrungsmittelbeschaffung zähle, sei mit großem Abstand für die meisten Emissionen verantwortlich.

Abg. **Björn Meyer** (SPD) merkt an, der Tourismus spiele entgegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung eine verhältnismäßig geringe Rolle auf EU-Ebene, während zum Beispiel die Landwirtschaft einen viel größeren Stellenwert habe.

RefL'in **Pradines** (DG GROW) versichert, dem Tourismus komme die gebührende Aufmerksamkeit entgegen. Eine sehr aktive Arbeitsgruppe innerhalb des Europarats sei außerdem mit dem Themengebiet betraut.

Allerdings liege die Verantwortung auch bei den Mitgliedstaaten, die proaktiv agieren müssten. Länder wie Spanien, Griechenland, Portugal, Kroatien, Zypern und Malta, für die der Tourismus eine besonders zentrale Rolle spiele, nähmen Tourismuspolitik entsprechend ernst. Andere Staaten, zu denen auch Deutschland zähle, zeigten in diesem Feld auf Bundesebene weniger Engagement. Nichtsdestotrotz sei es zutreffend, dass die Tourismusbranche weniger stark im Mittelpunkt stehe als andere Schwerpunkte. In diesem Zusammenhang sei auch zu beachten, dass zahlreiche Regulierungen in Bereichen, obwohl sie den Tourismus nicht direkt beträfen, indirekt große Auswirkungen auf diesen hätten.

Abg. **Björn Meyer** (SPD) bittet um weitere Ausführungen zur allgemeinen Akzeptanz und zu Alleinstellungsmerkmalen des EU-Ecolabels.

Zum Thema Pact for Skills fragt er, welche europäischen Länder besonders vielversprechend für die Fachkräftegewinnung seien; Personen aus verhältnismäßig nahen Ländern zu akquirieren sei gewiss einfacher als die Akquise aus entfernteren Regionen der Welt.

RefL'in **Pradines** (DG GROW) weist darauf hin, dass das Ecolabel nicht zu ihren Fachgebieten gehöre, es aber - auch für den Tourismus - viele EU-Label gebe.

Zum Thema Pact for Skills kommt sie auf die seit mehr als zwei Jahren bestehenden Tourismuspartnerschaften mit über 80 Mitgliedern zu sprechen, bei denen Akteure aus der Industrie, von

[1] Französisch mit Dolmetschung

KMUs, Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften und aus den Regionen mitwirkten. Derzeit bestünden neun nationale und regionale Partnerschaften mit 27 Ländern. Man hoffe, dass zukünftig auch Deutschland daran teilnehme. Als zentrales Element nennt die DG-GROW-Vertreterin den „Pact for Next Tourism Generation Skills“. Ein deutscher Partner habe die Teilnahme daran leider beendet, weshalb man sich auf der Suche nach einem neuen Akteur aus Deutschland mit den notwendigen Fähigkeiten befinde.

Zum Thema Fachkräftemangel sagt sie, viele Menschen, die der Tourismusbranche während der COVID-19-Pandemie den Rücken gekehrt hätten, kehrten sukzessive zurück. Bereiche wie die Gastronomie würden sich in einigen Regionen zunehmend erholen. Unabhängig davon sei es derzeit aber schwer, Stellen mit sämtlichen Fähigkeitsprofilen zu besetzen. Es sei eine breite Offensive notwendig, wozu auch Schulungen gehören müssten, um Fähigkeiten wie digitale Kompetenz, Soft Skills und Spracherwerb zu vermitteln, die nicht allein für den Tourismus relevant seien.

Die EU-Talentpartnerschaften, eine Initiative der EU unter der Generaldirektion für Migration und Inneres, die es seit über drei Jahren gebe, ziele auf die Anwerbung von qualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern sowie die Förderung von Talent Partnerships zwischen der EU und Drittstaaten ab. Deutschland habe Interesse an Arbeitskräften, die insbesondere aus Marokko, Ägypten, Tunesien, Pakistan und Bangladesch kämen. Als Grundlage hierfür dienten bilaterale Vereinbarungen mit den jeweiligen Partnerländern. Auch der EU-Talentpool decke einige Berufe ab, die für den Tourismussektor benötigt würden.

In diesem Zusammenhang betont die DG-GROW-Vertreterin die Wichtigkeit des Pact for Skills, merkt aber auch an, dass viele Länder nicht alle zur Bekämpfung des Fachkräftemangels notwendigen Maßnahmen ergriffen.

Abg. **Sina Maria Beckmann** (GRÜNE) kommt zum Thema Tourismusakzeptanz auf eine gewisse Konkurrenz zwischen touristischen Besuchern und Anwohnenden hinsichtlich der Wohnraumknappheit zu sprechen und fragt nach Lösungsideen für dieses Dilemma.

RefL‘in **Pradines** (DG GROW) sagt, starker Tourismus sei ohne Einverständnis der örtlichen Bevölkerung nicht handhabbar, weshalb deren Einbindung unverzichtbar sei. Eine der großen Problemstellungen der nächsten Jahre werde die praktische Umsetzung dieses Credos sein. Die Einwohnenden fühlten sich durch Übertourismus im Alltag gestört, während ein vitaler Tourismus für Unternehmen im entsprechenden Segment natürlich segensreich sei.

Porto, Teilnehmer am „Smart Capital“-Programm, versuche mit systematischen Lenkungsstrategien, die Menschenströme besser über die Stadt zu verteilen, sodass sich das touristische Geschehen nicht länger auf wenige Punkte konzentriere. Hierfür bedürfe es eines ganzheitlichen Ansatzes; so müsse zum Beispiel die Transport- und Übernachtungsinfrastruktur verbessert werden.

Abg. **Frank Henning** (SPD) fragt vor dem Hintergrund des aktuellen Starkniederschlags in Österreich, unter dem auch der Tourismus eklatant leide, nach EU-Förderprogrammen, die die unmittelbaren Folgen des Klimawandels adressierten.

RefL‘in **Pradines** (DG GROW) verweist auf die ESG-Berichte unter anderem zur Messung der Umweltauswirkungen sowie Statistiken der Europäische Umweltagentur.

Erst am Vortrag sei eine Anfrage von HOTREC, dem europäischen Dachverband des Gaststättenwesens, zu diesem Thema eingegangen. Aktuell werde nach Möglichkeiten zur Unterstützung der Hotellerie gesucht. Die Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe sowie die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung betreuten Notfallprogramme, die auf auf Naturkatastrophen zurückzuführende Schäden zugeschnitten seien.

Klimawandelfolgen wie die aktuellen Waldbrände in Portugal seien zukünftig vermehrt zu erwarten. Während gegen die zunehmenden Starkregenereignisse nur wenig unternommen werden könne, lasse sich der Brandschutz durch konkrete Maßnahmen wie moderne Löschmethoden deutlich verbessern. Auf EU-Ebene bemühe man sich, die betroffenen Regionen in Zentraleuropa zu unterstützen.

Abg. **Oliver Ebken** (SPD) bittet um Informationen über die erfolgreichsten Projekte der EU-Tourismuspolitik und zu deren Evaluierung.

RefL‘in **Pradines** (DG GROW) sagt, am stolzesten sei sie auf die innovative Transition von der Pandemiezeit, als der Tourismus seinen Tiefstand erreicht habe, hin zum gegenwärtigen Zustand, wofür eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren notwendig gewesen sei. Ein wichtiges Werkzeug hierfür seien die ca. 500 Commitments and pledges for the transition of EU tourism im Rahmen der Transition Pathway for Tourism vom Februar 2022. Der auch für 2025 geplante Europäische Tourismustag sei ein Beispiel für diverse Veranstaltungen mit mehreren hundert Teilnehmenden.

Auf legislativer Ebene verspreche man sich sowohl für den Tourismus als auch für die Anwohnenden viel von der neuen EU-Regel für kurzzeitige Vermietungen. Das Sammeln und das Management von Daten, an denen sich solche Handlungsbedarfe auf EU-Ebene ablesen ließen, sei eine weitere hervorzuhebende Leistung. Auch EU-Maßnahmen für nachhaltige Abfallwirtschaft seien erwähnenswert.

*

Gespräch mit Egbert Holthuis, Sabrina Ferrazaguarino und Justus Seuferle von der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Inklusion über den Fachkräftemangel, Fördermaßnahmen im ESF+ und die Zukunft der Kohäsionspolitik

RefL **Holthius** (DG EMPL) skizziert einführend den wirtschaftlichen Status quo Europas auf Basis des Draghi-Berichts zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Hierbei spricht er folgende Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit der EU-Kommission an.

- Produktivitätslücke in der EU seit ca. 20 Jahren, u. a. aufgrund einer zunehmenden Work-Life-Balance-Mentalität
- Fit for 55 als Herausforderung für die deutsche Wirtschaft; Kernenergie
- Notwendigkeit von Weiterbildungen und Umschulungen für die Automobilindustrie; fehlende Fachkräfte
- Wohnraummangel

Fachkräftemangel

Herr **Seuferle** (DG EMPL) führt zuerst zum Fachkräftemangel aus, welcher demografiebedingt zunehmen werde. Bis 2028 sei ein Zuwachs der über 65-Jährigen um ca. 18 % und eine Abnahme der Menschen der Altersgruppe von 45 bis 65 Jahren um 12 % zu erwarten.

In der aktuellen Förderperiode des Multifondsprogramms EFRE und ESF+ von 2021 bis 2027 stünden ca. 250 Mio. Euro für das politische Ziel C „Sozialeres Europa“ bereit, wovon ca. 190 Mio. Euro zur Linderung des Fachkräfteproblems eingesetzt würden. Schwerpunkte seien

- das Matching von Angebot und Nachfrage (bestimmte Ausbildungsberufe - zum Beispiel im Pflegebereich - würden aktuell zu wenig nachgefragt, weshalb hierfür geworben werde),
- die Fachkräftebindung zu steigern,
- die Kooperation von Fachkräftenetzwerken in den Regionen,
- die Förderung von insbesondere digitalen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt,
- die Ausarbeitung einer stärkeren Willkommenskultur für internationale Fachkräfte,
- die Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials; zum Beispiel die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen und über die Jugendwerkstätten in Niedersachsen,
- das Projekt „Back2Job - Ingenieurinnen gesucht“, das IHK Projekt „Adelante!“zur Gewinnung von jungen Fachkräften aus Spanien und das Future Health Lab in Hannover, bei dem unter anderem Einsatzmöglichkeiten von KI-Lösungen im Gesundheitsbereich getestet und Mangelberufe beworben würden sowie weitere wichtige Projekte und
- Projekte im Bereich der Frauenförderung. Diese dienten zum Beispiel der Heranführung von Migrantinnen ohne Ausbildung an den Pflegemarkt oder der Unterstützung von Frauen in der Handwerksbranche. In diesem Zusammenhang seien Female Entrepreneurship sowie die Koordinierungsstelle Frau und Beruf in der Region Hannover zu nennen.

Auf eine Frage von Abg. **Philipp Meyn** (SPD) zum Erfolg von „Adelante!“ sagt Herr **Seuferle** (DG EMPL), grundsätzlich sei die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Jugendarbeitslosigkeit sei in den südlichen Staaten Italien, Spanien und Griechenland aber nach wie vor ein großes Problem. Ein

Austausch mit Deutschland, wo es an Arbeitskräften fehle, sei ein logischer Schritt, der beiden Seiten zugutekomme. „Adelante!“ zähle zu den erfolgreichsten und am besten finanzierten Projekten. Mehrere Tausend Menschen würden von den 20 bis 25 Qualifizierungsmöglichkeiten profitierten, die „Adelante!“ in Niedersachsen biete.

Abg. **Marcel Queckemeyer** (AfD) interessiert sich dafür, wie viele dieser Personen im Anschluss an die Qualifizierungsmaßnahmen in Deutschland blieben bzw. wieder nach Spanien zurückkehrten.

Herr **Seuferle** (DG EMPL) erläutert, die Spanierinnen und Spanier, die am „Adelante!“-Programm teilnähmen, seien bereits ausgebildet und strebten eine Anpassungsqualifizierung an, um in Deutschland arbeiten zu können. - RefL **Holthius** (DG EMPL) unterstreicht, diese Personen blieben in der Regel in Deutschland. In diesem Zusammenhang erwähnt sie das niedersächsische Pilotprojekt zur dualen Ausbildung in Andalusien, welches das Ergebnis einer Kooperationsvereinbarung des MB, des MK sowie des Ministeriums für Bildung und Sport der autonomen Region Andalusien sei. Darüber erworbene Qualifikationen würden sowohl auf dem deutschen als auch auf dem spanischen Arbeitsmarkt anerkannt. - Abg. **Saskia Buschmann** (CDU) führt an, es sei bereits häufig an sie herangetragen worden, dass Spanierinnen und Spanier vor allem nach einer Weile wieder in ihr Herkunftsland zurückkehrten, was wohl als Hinweis darauf zu deuten sei, dass die Integrationsbemühungen in Deutschland noch unzureichend seien; aber auch das Klima in Deutschland spiele wohl eine Rolle. - RefL **Holthius** (DG EMPL) nennt als Motiv für eine Rückkehr in das Heimatland die Überqualifizierung von Arbeiterinnen und Arbeitern, die in Deutschland zwar bessere Aussichten auf eine höhere Entlohnung hätten, aber häufig an Unterforderung litten. Nichtsdestoweniger sei der genannte Punkt wichtig. - Abg. **Björn Meyer** (SPD) fragt, wieso es Programme wie „Adelante!“ nicht auch in Kooperation mit anderen Ländern gebe. - Herr **Seuferle** (DG EMPL) antwortet, das liege unter anderem an der Volumenbegrenzung des ESF+-Fonds. Allerdings existierten Anlaufstellen für Einwanderer aus EU- und auch Drittstaaten in Europa, um ihnen bei der Jobsuche, Vermittlung und Integration in den Arbeitsmarkt einzelner Staaten zu helfen.

Abg. **Oliver Ebken** (SPD) führt Wohnraummangel für potenzielle Fachkräfte als weiteren Problemfaktor an, was zuvorderst auf Inseln wie Norderney ein großes Problem sei. - Abg. **Marcel Queckemeyer** (AfD) wirft ein, die Wohnraumentwicklung in Norderney werde aufgrund der dortigen Naturschutzgebiete gehemmt, da keine neuen Wohnflächen mehr ausgewiesen werden dürften. - RefL **Holthius** (DG EMPL) sagt, Barcelona und Málaga würden aufgrund des knappen Wohnraums für die Einheimischen Kurzzeitvermietungen wie von Airbnb verbieten, und führt außerdem Sprachbarrieren als Problem an, da ausländische Arbeitende die Landessprache häufig nicht sonderlich gut beherrschten. - Herr **Seuferle** (DG EMPL) fügt hinzu, auf EU-Ebene werde nun erstmals ein eigenes Direktorat für Wohnungsangelegenheiten geschaffen.

Abg. **Björn Meyer** (SPD) merkt an, ein Work-and-Travel-Programm könnte dazu beitragen, die saisonalen Spitzen beim Arbeitskräftemangel abzuflachen. - RefL **Holthius** (DG EMPL) verweist zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer einerseits auf den EU-Service Europass, ein standardisiertes und kostenloses EU-Instrument, das Menschen in Europa dabei unterstütze, ihre Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen multilingual darzustellen. Andererseits spricht er das EURES-Portal (European Employment Services) an, ein Job- und Informationsportal zur Vernetzung von Arbeitsuchenden und Arbeitgebern in Europa.

Abg. **Oliver Ebken** (SPD), Abg. **Sina Maria Beckmann** (GRÜNE) und Herr **Seuferle** (DG EMPL) diskutieren sodann am Beispiel des Kochberufs über die Notwendigkeit einer Imageverbesserung bestimmter Berufe, was aber nicht primär auf EU-Ebene geschehen könne, sowie - gemeinsam mit Abg. **Marcel Queckemeyer** (AfD) und Abg. **Colette Thiemann** (CDU) - über das komplexe Zusammenspiel der Vor- und Nachteile der zunehmenden Digitalisierung im Gastronomiebereich, die klassische Serviceberufe teilweise überflüssig mache, aber auch die Folgen des Fachkräftemangels abschwäche.

Kohäsionspolitik

Präsentationsgrafiken: ***Anlage 3***

Herr **Seuferle** (DG EMPL) führt aus, die EU-Kohäsionspolitik werde hauptsächlich durch drei große Fonds finanziert, die wirtschaftliche und soziale Disparitäten zwischen den Regionen Europas verringern sollten: EFRE, ESF+ und den Kohäsionsfonds. Bestimmte weitere Fonds wie EMFAF und ELER ergänzten dies. Das Mittelvolumen der aktuellen Förderperiode betrage 366 Mrd. Euro.

Er stellt daraufhin im Wesentlichen die Inhalte der Präsentationsgrafiken vor, auf die insofern verwiesen wird.

Abg. **Sina Maria Beckmann** (GRÜNE) bittet um eine Einschätzung der Vereinbarkeit eines regionalen und ortsbezogenen mit einem gesamteuropäischen Ansatz. - Herr **Seuferle** (DG EMPL) sagt, dies müsse nicht unbedingt im Widerspruch miteinander stehen, da der Fachkräftebedarf sich von Region zu Region unterscheide und die entsprechende Förderung somit mit ortsbezogener Ausrichtung erfolgen müsse. Die spezifischen Bedürfnisse einzelner Bundesländer seien von Brüssel aus nicht immer eindeutig einsehbar und bewertbar. - RefL **Holthius** (DG EMPL) ergänzt, es sei abzuwarten, wie in Deutschland das Zusammenspiel der Aufbau- und Resilienzfazilität und der EU-Kohäsionspolitik in Zukunft bewertet und koordiniert werde. Häufig werde seitens der Regionen der Wunsch geäußert, die Prioritäten des EU-Mittel-Einsatzes selbst bestimmen zu können.

*

Gespräch mit Philipp Runge, Generaldirektion für den Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, Referat G3 „Digitale Transformation der Industrie“, zum Thema EU-Regelungsrahmen über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften

Präsentationsgrafiken: ***Anlage 4***

Herr **Runge** (DG GROW) stellt im Wesentlichen die Inhalte der Präsentationsgrafiken vor, auf die insofern verwiesen wird.

Darüber hinaus führt er aus, die EU-Verordnung 2024/1028 über die Datenerhebung und den Austausch von Informationen im Zusammenhang mit kurzfristigen Vermietungsdiensten sei für mehr Transparenz auf dem Markt für kurzfristige Vermietungen und zur Verbesserung bei der Datenerhebung geschaffen worden. Sie ziele darauf ab, den Austausch von relevanten Daten zwischen den Mitgliedstaaten der EU zu optimieren und eine koordinierte Vorgehensweise bei der Verwaltung von Kurzzeitvermietungen zu gewährleisten.

Bisher sei die Überwachung und Regulierung kurzfristiger Vermietungen für die Behörden schwierig, da ihnen die notwendigen Informationen hierzu nicht vorlägen. Dies berühre Themenfelder wie Steuern, Sicherheitsstandards, Stadtentwicklung bzw. Wohnraumknappheit und der Wettbewerb mit konventionellen Beherbergungsbetrieben.

Auf eine Zwischenfrage des Abg. **Oliver Ebken** (SPD) antwortet Herr **Runge** (DG GROW), in einigen Mitgliedstaaten möge es bauplanungsrechtliche Lösungsversuche geben, dies könne er aber nicht mit Gewissheit sagen.

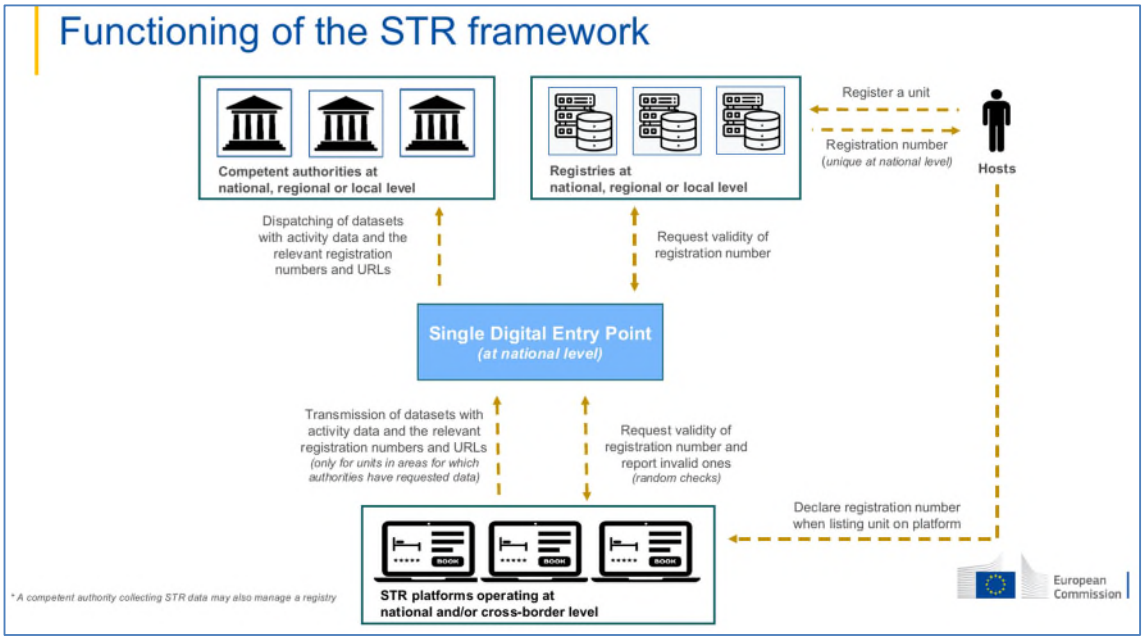
Vormals hätten viele Mitgliedstaaten versucht, den Problemen mit nationalen Registern zu begegnen oder Genehmigungspflichten einzuführen, was EU-rechtlich aber problematisch gewesen sei. Der Europäische Gerichtshof habe festgestellt, dass die Dienstleistungsfreiheit grundsätzlich auch für Anbieter von kurzfristigen Vermietungen gelte, da es sich dabei um eine wirtschaftliche Tätigkeit handele. Beschränkungen müssten notwendig und verhältnismäßig sein - zum Beispiel zur Bekämpfung des Wohnungsmangels in einem Land - und dürften nicht diskriminierend wirken.

Die Verordnung lege den rechtlichen Rahmen für den Datenaustausch fest, lasse den nationalen und lokalen Behörden gleichzeitig aber Spielraum für die Gestaltung spezifischer regelungs- und genehmigungstechnischer Anforderungen. Regelungen in Hinblick auf Gesundheit, Sicherheit, Städteplanung, Steuererhebung etc. würden den Mitgliedstaaten also selbst überlassen bleiben.

Es sei ein privater Anbieter von der EU-Kommission damit beauftragt worden, bis Oktober 2024 einen Prototyp für die digitalen Zugangsstellen zu schaffen. Danach soll die Einführung in den Mitgliedstaaten bis Oktober 2025 erfolgen, damit dann bis zum 20. Mai 2026 - der Zeitpunkt, ab dem die Verordnung angewendet werde - eine Testphase stattfinden könne.

Zu den Elementen, aus denen sich die Verordnung zusammensetze gehöre, auch ein harmonisierter Ansatz zur Registrierung:

- Anbieter müssten sich bei den nationalen oder lokalen Behörden registrieren, um ihre Unterkunft auf Online-Plattformen anbieten zu könnten.
- Die Mitgliedstaaten hätten die Möglichkeit, eigene Register hierfür zu erstellen, um den an sie herantretenden Marktteilnehmern die notwendigen Registrierungsnummern in einem einheitlichen Format zuzuteilen. Sofern Mitgliedstaaten bereits über ein Register verfügten, das aber nicht einheitlich gestaltet sei, könne dieses weiterbetrieben werden; lediglich das finale Format sei zu standardisieren.
- Die Plattformen würden die Registrierungsnummer zusammen mit dem Angebot veröffentlichten.
- Eine einheitliche Datenbank stelle sicher, dass Daten auf EU-Ebene gesammelt, analysiert und verarbeitet werden könnten.
- Es bestehe eine Verpflichtung seitens der Online-Plattformen, zumindest stichprobenartig zu kontrollieren, ob die angegebene Registrierungsnummern tatsächlich bei der einheitlichen Datenbank hinterlegt sei und wie viele Nächte pro Jahr der entsprechende Wohnraum vermietet werde. So solle sichergestellt werden, dass alle Anbieter die nationalen Vorschriften einhielten und dass Missbrauch oder unzulässige Vermietungen schnell identifiziert werden könne.



Auf Nachfrage von Abg. **Oliver Ebken** (SPD) führt Herr **Runge** (DG GROW) aus, ein solches System verschaffe den Mitgliedstaaten dank systematisch aggregierter Daten einen umfassenden Überblick über die Auswirkungen und Ausmaße kurzfristiger Vermietung, der nicht allein über Steuerinformationen möglich sei. Über dieses Werkzeug könne letztlich der Markt reguliert werden. Deutschland sei hiervon in geringerem Maße als andere Mitgliedsländer mit weniger transparenten Märkten betroffen.

Eine Frage von Abg. **Saskia Buschmann** (CDU) beantwortend, sagt Herr **Runge** (DG GROW), die Vereinheitlichung der nationalen Datensysteme erleichtere vorwiegend die Arbeit der international agierenden Online-Plattformen, komme aber auch den Mitgliedstaaten zugute.

Nachfragen von Abg. **Colette Thiemann** (CDU) beantwortend, führt Herr **Runge** (DG GROW) aus, die Mitgliedstaaten seien nicht zum Datenaustausch verpflichtet, wenn sie der Ansicht seien, das beschriebene Phänomen stelle für sie kein Problem dar. Dänemark und Estland zum Beispiel hätten sich dagegen entschieden. Das Gros der Länder wolle aber teilnehmen. Entsprechend werde eine Registrierungsnummer bei Plattformen wie Airbnb auch nur in den teilnehmenden Ländern verpflichtend sein. - Hierauf artikuliert Abg. **Sina Maria Beckmann** (GRÜNE) die Befürchtung, es würden Wettbewerbsnachteile entstehen, wenn der Regelungsrahmen nicht für alle Länder gleichermaßen gelte. - Herr **Runge** (DG GROW) sagt, Ferienwohnungsangebote in Dänemark stünden, wenn überhaupt, nur geringfügig in Konkurrenz mit Angeboten in zum Beispiel Frankreich. - Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD) entgegnet, zwischen Deutschland und Dänemark zum Beispiel gebe es aber Konkurrenzpotenzial. - Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass umgekehrt die deutschen Hotelbetreibenden in Deutschland einen Vorteil hätten, da die Regelung sie schütze. - Abg. **Oliver Ebken** (SPD) stellt fest, dass die Notwendigkeit einer einmalig zu beantragenden Registrierungsnummer keinen Einfluss auf Angebot und Preise haben werde. - Abg. **Colette Thiemann** (CDU) erwidert, sie sehe durchaus die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung, weil die fehlende Kontrolle in zum Beispiel Dänemark ein größeres, nicht reguliertes Angebot erlaube, was in Deutschland mit der Notwendigkeit einer Registrierungsnummer unter Umständen unterbunden werden würde. - Herr **Runge** (DG GROW) bestätigt, dass die Wettbewerbssituation für klassische Beherbergungsbetriebe in Ländern, die sich gegen die Umsetzung der Verordnung entschieden, im Vergleich nachteilig sein werde. Eine solche grundsätzliche Umsetzungsverpflichtung der Verordnung sei gewiss debattiert, von den Vertreterinnen und Vertretern der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten im EU-Rat wie von den Abgeordneten im Europäischen Parlament aber wohl abgelehnt worden. - Abg. **Oliver Ebken** (SPD) fragt nach möglichen Motivationen eines Mitgliedstaates, die Verordnung nicht umzusetzen, da er ausschließlich Vorteile darin sehe. - Herr **Runge** (DG GROW) antwortet, ein naheliegender Beweggrund sei, dass nicht alle Mitgliedstaaten bereits über ein Register und die grundsätzliche digitale Infrastruktur verfügten. Im Falle einer Umsetzung müssten also entsprechende Investitionen getätigt werden.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) weist darauf hin, dass ein signifikanter Teil der Vermietungsangebote nicht über große, sondern über kleinere Online-Plattformen inseriert würde. - Herr **Runge** (DG GROW) führt aus, in der Verordnung werde zwischen großen - ausdrücklich sei nicht nur Airbnb damit gemeint - und kleineren Plattformen differenziert. Die großen seien verpflichtet, einen automatischen Datenaustausch mit den Behörden zu gewährleisten. Die kleineren Plattformen stehe die Option eines manuellen Austausches offen, was praktisch aber nicht zu erwarten sei.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) möchte wissen, ob die Verordnung rückwirkend gelten werde, ob ein Angebot, das vorher online gestellt werde, zum 20. Mai 2026 also automatisch entfernt werde, sofern bis dahin keine Registrierungsnummer nachgereicht worden sei. - Herr **Runge** (DG GROW) sichert zu, diese Information nachzureichen.

Abg. **Björn Meyer** (SPD) fragt, wer genau Zugriff auf die Datenbanken haben werde. - Herr **Runge**

(DG GROW) sagt, den verantwortlichen Behörden der Mitgliedstaaten, die die Daten zur Regulierung des Markts benötigten, werde Zugriff gewährleistet werden. Eine Kommunalbehörde bekomme beispielsweise also Zugang zu den für sie relevanten Daten. Es sei aber auch beabsichtigt, die Daten in anonymisierter Form zur Erstellung von Statistiken für beispielsweise das Statistische Bundesamt oder für Eurostat zur Verfügung zu stellen.

*

Gespräch mit Till Spannagel, Leiter der Abteilung Wirtschaft, und Stephanie Baum, Attachée für Tourismuspolitik, von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU (StäV) über aktuelle Themen und EU-Initiativen im Bereich Tourismus aus Perspektive des Bundes

AL **Spannagel** (StäV) sagt einführend, die StäV fungiere als zentrale Schnittstelle zwischen der deutschen Bundesregierung und den Organen der EU. Ihre Hauptaufgabe sei es, die Interessen Deutschlands auf europäischer Ebene zu vertreten und sicherzustellen, dass nationale Positionen bei Entscheidungen der EU berücksichtigt würden. Hiernach stellt er die Abteilung Wirtschaft, in der rund 20 Personen beschäftigt seien, und deren vielfältigen Arbeitsschwerpunkte vor.

Anschließend fasst er die aktuelle Situation und aus ihr hervorgehende Perspektiven infolge der Vorstellung der neuen EU-Kommission durch Ursula der Leyen zusammen und kommt auch auf die Mission Letter zu sprechen, welche die Zuständigkeiten und politischen Prioritäten für jedes Ressort definierten, das die Kommissarinnen und Kommissare übernähmen. Diese Auftragsbriefe basierten auf den strategischen Zielen der Kommissionspräsidentin und dienten als detaillierter Fahrplan für die Umsetzung der gemeinsamen Ziele der EU-Kommission in ihrer Amtszeit.

Er wirft sodann Schlaglichter auf das Schirmthema Wettbewerbsfähigkeit, den Green Deal Industrial Plan und die geplante Neustrukturierung des Mehrjährigen Finanzrahmens.

Attachée **Baum** (StäV) sagt auf Nachfrage von Abg. **Axel Miesner** (CDU), der Grieche Apostolos Tzitzikostas werde künftig das Amt des EU-Kommissars für nachhaltigen Verkehr und Tourismus innehaben.

Daraufhin führt sie überblicksartig zur EU-Verordnung 2024/1028 über die Datenerhebung und den Austausch von Informationen im Zusammenhang mit kurzfristigen Vermietungsdiensten, zum Übergangspfad für den Tourismus und zur Europäischen Agenda für den Tourismus 2030 aus.

Als Schwerpunkte des Mission Letter für Apostolos Tzitzikostas nennt sie

- die Förderung der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit des Tourismussektors,
- den Einsatz neuer Technologien und Werkzeuge,
- die Erhöhung der Effizienz des europäischen Flugverkehrsmanagements,
- die Weiterführung der europäischen Erklärung zum Radfahren,
- die Planung des europäischen Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetzes und
- die Digitalisierung und Elektrifizierung des Straßenverkehrs.

Tzitzikostas' Mandat beinhalte zudem die Förderung der Single Digital Booking and Ticketing Regulation, womit der grenzüberschreitende Bahnverkehr in der EU erleichtert und nachhaltige Transportoptionen geschaffen werden solle. Dieses Reglement solle den Zugang zu Fahrkarten über eine einheitliche digitale Plattform ermöglichen und den Schutz der Kundinnen und Kunden durch die Passagierrechte vereinfachen und vereinheitlichen.

Grundsätzlich seien Klimawandel, Krisenmanagement, die Unterstützung von KMU, demografische Herausforderungen im Kontext des Arbeitskräftemangels und ein datengesteuertes Management wichtige Themen.

Auf Erkundigung von Abg. **Philipp Meyn** (SPD) nach für den Tourismus vorrangige Themen nennt Attachée **Baum** (StäV) die Schaffung eines europäischen Datenraums für Tourismus und die Digitalisierung sämtlicher Vorgänge innerhalb der europäischen Grenzen.

AL **Spannagel** (StäV) teilt mit, der neue EU-Kommissar für Energie und Wohnen sei Dan Jørgensen aus Dänemark.

Abg. **Philipp Meyn** (SPD) bittet um Informationen zur Koordination der einzelnen Interessen der 16 Bundesländer. - AL **Spannagel** (StäV) sagt, die Länderinteressen unterschieden sich teils signifikant voneinander. Er führt allgemein hierzu aus, wie sich die StäV und die Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union die Aufgabenbearbeitung aufteilten.

Abg. **Frank Henning** (SPD) und Abg. **Oliver Ebken** fragen nach der konkreten Bundesperspektive und Schnittstellen zu den einzelnen Ländern. - Attachée **Baum** (StäV) sagt, die StäV erhalte Weisungen der jeweiligen Landesregierungen, die ihre Positionen und Interessen im Bund vertreten wollten. Grundsätzliche Richtungen seien zum Beispiel die digitale grüne Transformation sowie die Nationale Tourismusstrategie. - AL **Spannagel** (StäV) sagt, die Kompetenz des Bundes bei Tourismusfragen sei - auch wegen der zugewiesenen Mittel aus den EU-Strukturfonds - eher beschränkt, und führt Konvergenzeffekte als zentrales Kriterium bei der Gestaltung der EU-Tourismuspolitik an. Bei konkreten Anliegen sei es am ratsamsten, die Ländern adressierten neben der StäV das BMWK.

Auf eine Nachfrage von RR **Martin** (LTVerw) zu Effizienzunterschieden zwischen Deutschland und der Vielzahl nicht föderal organisierter Staaten antwortet AL **Spannagel** (StäV), dass andere Länder, die dem Konsensprinzip weniger stark verpflichtet seien, in der Tat effizienter agieren könnten. Auf der anderen Seite würden in Deutschland häufig sehr ausgewogene Kompromisse entwickelt, was - auch wenn dies zulasten der Geschwindigkeit gehe - eine wesentliche Stärke darstelle.

Abg. **Björn Meyer** (SPD) kritisiert den starken Fokus auf Innovation bei Vergabeentscheidungen von Fördermitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds. In anderen Bereichen würden EU-Mittel oftmals auch für Projekte bewilligt - zum Beispiel für den Agrarsektor -, die dezidiert keine nennenswerten Innovationen böten. Insofern sei die Begründung für die geringe Mittelunterlegung des Tourismus, insbesondere in Anbetracht seiner Relevanz, nicht haltbar. - AL **Spannagel** (StäV) stimmt dem zu und sagt, dass unter anderem das Einstimmigkeitsprinzip die EU-Haushaltsverhandlungen in dieser Hinsicht maßgeblich erschwere. Daneben nennt er auch Lobbyismus als Faktor.

***

The Commission proposal of 29 November 2023 to amend the 2015 Package Travel Directive (Directive (EU) 2015/2302)

Informationsgespräch mit dem Unterausschuss für Tourismus des Niedersächischen Landtags

16 September 2024 - Brussels

DG JUST.B2
European Commission

Process prior to the Commission proposal

- 2015: **comprehensive reform** of the EU package travel law (Dir. 2015/2302 – 'the PTD')
- July 2018: The PTD starts applying
- Two **Commision reports** on the application of the PTD
- Resolution of the **European Parliament** on establishing an EU strategy for sustainable tourism – 25 March 2021
- Recommendations by the **European Court of Auditors** of 29 June 2021
- **Fit for Future platform opinion** of March 2022 on simplification and clarifications
- **Back-to-back evaluation and impact assessment** launched in August 2021, involving extensive stakeholder consultations, including a public consultation from February – May 2022
- Based on application of the PTD in general and during COVID-19

The Commission proposal of 29 November 2023

- **Proposal to amend the 2015 Package Travel Directive** adopted on 29 November 2023 accompanied by a detailed Impact Assessment – as part of a mobility package, including proposals also in the field of EU passenger rights

- Commission proposed **targeted amendments** in order to fill certain gaps in the Directive and to clarify and simplify certain aspects
  - with a view to making the protection of travellers more effective, taking into account the interests of travel businesses.

Changes in the concepts of package and LTA

- 2015 PTD: **broader definition of package** based on objective criteria indicating a close link between the different travel services.
- The concept of **linked travel arrangement - LTA** was created as a **safety net**.
- Finding that **LTAs** have **not** been **effective** in improving the protection for travellers and contributing to fair competition and that the definition of '**click-through package'** has **not** been **effective**.
- Overlaps in the definitions and implementation challenges
- Requests for **simplification and clarification**

- In Article 3(2)(b)(i), the concept of **package** purchased at one point of sale is **merged** with the concept of **single-point-of-purchase LTA** (currently in Article 3(5)(a)).
  - Underlying idea: Different types of travel services **booked for the same trip or holiday at the same point of sale and at the same time** are a package.
  - 'on the occasion of a single visit or contact' **replaced** with reference to 3 or 24 hours
- Article 3(2)(b)(v) ('click-through packages') **broadened**: the transfer of the traveller's name, payment details **or** email address **or** of other personal data is sufficient.

Changes regarding LTAs

- Definition of LTA in Article 3(5) is shortened and narrowed:
  - Article 3(5)(a) deleted
  - 'Facilitation in a targeted manner' replaced with 'invitation to book an additional type of travel service from another trader' for the purpose of the same trip or holiday
  - Trader must receive payments
  - Implementation mechanism

Standard information forms

- Information forms for packages (Annex 1) made **more user-friendly**
- Information form **to be added to the contract** so that it is available to travellers after the conclusion of the contract
- Information forms for LTAs (Annex 2): **2 instead of 5 forms**

New article on the limitation of advance payments

Article 5a, *recitals 12-14*

➢Principle

- ✓ downpayments **limited to 25%** of the total price
- ✓ **the remaining payment - not earlier than 28 days before the start** of the package
- ✓ **gift boxes** and packages booked less that 28 days before start are **excluded**

➢Exception

- ✓ if necessary to ensure the organisation and performance of the package
- ✓ may cover **advance payments to service providers** and other costs incurred by the organiser, where it is necessary to cover those costs at the time of booking, including commissions requested by retailers
- ✓their **level** can be **established for groups of packages** with similar characteristics

European Commission

New article on vouchers

Article 12a, *recitals 16 and 21*

➢ Characteristics of vouchers:

✓ **Voluntary**: acceptance by the traveller, explicitly and in writing

✓ **Value** of the voucher:

- at least the amount of the traveller's refund right
- organisers may offer a voucher on a higher amount

✓ **Validity period**:

- maximum 12 months
- may be extended once for up to 12 months

✓ **Transferable** without any additional cost

✓ Covered by **insolvency protection**

✓ **Automatic refund** *after the validity period expires*

➢ Organisers must **inform** travellers before they accept a voucher about:

✓ The voluntary nature of the voucher
✓ Validity period
✓ Rights of travellers

European Commission

Cancellations – termination of the contract (1)

Article 12(2)

- **Unavoidable and extraordinary circumstances (UEC)** occurring at:

✓ the travel destination or its immediate vicinity

✓ *the place of the traveller's residence or the place of departure*

✓ or affecting the journey to the destination

- **Ex ante**: the traveller may terminate the contract **where it can be reasonably expected** that the **performance** of the package travel contract **will be significantly affected by UEC**

Article 12(3a)

- **Important elements** to be taken into account in the assessment of whether a termination of the contract due to **UEC** is justified:

✓ **official travel warnings**

✓ **serious restrictions** at destination, place of residence or departure, e.g. quarantine (recital 19)

Article 12(4)

- First subparagraph: "regardless …" – **automatic refunds** – mere clarification

Recitals 18 - 20

European Commission

Cancellations – termination of the contract (2)

Article 12(4) - second subparagraph, Recital 17

➢ **Rapid refund mechanism/crisis fund** (beyond insolvency protection)

✓ Member States shall **inform** the Commission and the central contact points of the other Member States ***if*** they introduce or maintain any such mechanism

✓ Clarification that **co-financing** of such mechanisms by Member States is possible only in exceptional and duly justified circumstances and shall be conditional on approval under the **Union State aid provisions**.

Insolvency protection (1)

Article 17(1), *recital 21*

➢ **Coverage of vouchers and refund rights:**

✓ security for the refund of **all payments**, including **where a traveller was entitled to a refund or had received a voucher from the organiser before its insolvency**.

Article 17(2), (6), (7), *recitals 22 and 23, recitals 39-41 of Dir. 2015/2302*

➢ **Strengthened insolvency protection**

✓ Insolvency protection to take into account periods where **organisers hold the highest amounts of payments** or **changes in the volume of package sales**

✓ Member States shall **supervise** insolvency protection arrangements of organisers

✓ **Refunds** to be **provided without undue delay** and **at the latest within three months**

➢ Member States **may also require retailers to take out insolvency protection**

Insolvency protection (2)

Article 17(3), Recital 22

- MS ***may*** **require a second level of protection, such as a back-up fund**. Any co-financing by Member States only in exceptional and duly justified circumstances and conditional on State aid approval under Union law.

Article 18(2), Recital 24

- Member States **exchange information via central contact points CCPs** in relation to **insolvency protection** and **rapid refund mechanisms**

B2B refund right

Article 22(2), *Recital 15*

- When **a service provider cancels a service** that is part of a package the service provider must **refund the organiser** any payments made by the organiser for the service **within 7 days.**
- This refund right aims to enable organisers to reimburse travellers within 14-days where a package is cancelled and to make alternative arrangements where a service is cancelled but the package is going ahead.

State of play in the legislative process

- European Parliament
- Council

Links

- Proposal in the OJ: EUR-Lex - 52023PC0905 - EN - EUR-Lex (europa.eu)
- Adoption Package: 2023 Adoption package for the Proposal to Amend the Package Travel Directive (europa.eu)
- Q&A revision PTD: Making protection of package travellers more effective (europa.eu)
- Press release: Passenger Mobility Package (europa.eu)
- Feedback on the proposal: Package travel – review of EU rules (europa.eu) – closed on 13 March 2024

Thank you

© European Union 2022

Unless otherwise noted the reuse of this presentation is authorised under the CC BY 4.0 license. For any use or reproduction of elements that are not owned by the EU, permission may need to be sought directly from the respective right holders.

European Commission

Anlage 2

Overview of EU tourism policy

Exchange of views with Lower Saxony Parliament Sub-committee for tourism

Marie-Hélène PRADINES
Head of Unit
DG GROW.G.1
17 September 2024

#EUTourism

European Commission

DG GROW Unit G.1 – Tourism, Textile

Key Action Areas

Overview of the EU tourism ecosystem

Some figures:

- Direct contribution: **6.6% of the EU Gross Value Added in 2023**
- Number of companies: **3.5 million businesses in 2022** (99.8% of micro or SMEs)
- Employment: **20.4 million jobs in 2022** (9% of EU workforce)
- World leading region with **40% of all international tourism arrivals in 2023**

Now:

- Tourism summer season 2024 strong (with many MS/regions exceeding 2019 levels) with return of important long-haul travellers (North America, Middle East, East Asia)
  - ‘over-tourism’ in tourism hotspots + anti-tourism protests
  - diversion of flows to Northern destinations (away from high temperatures & wildfires in South)
- Number of **nights spent** at tourist accommodation establishments **in 2023** reached **2.92 billion** (of which 56% by domestic visitors), exceeding the pre-pandemic level for 2019 (2.87 billion) by 1.6%.
- Critical **shortage of staff** (10-20% in hospitality) across the ecosystem
- Overnight stays in MS in **proximity to UA and RU decreased** since the war began

Relevant recent tourism legislation + sources

- Short-term rental Regulation proposal formally adopted by Council on 18 March 2024 (DG GROW/Unit G3)
- Passenger mobility package – Commission adopted on 29 November 2023, including:
  - Package Travel Directive (DG JUST)
  - Passenger rights (DG MOVE)
  - Multi-modal travel information services (DG MOVE)
- Other sources – Transition Pathway for tourism (2022), Taking stock of progress towards the transition pathway (2023), expert group and collaborative platform 'Together for EU Tourism – T4T', tourism statistics Regulation, Tourism Advisory Committee (Council Decision)
- Comprehensive information on EU Tourism Policy:

Tourism - European Commission (europa.eu)

European Commission

Challenges facing the EU tourism ecosystem

- Progress towards more **sustainability** and **digitalization** to face the **twin transition**, particularly SMEs
- Shortages of **staff and skills** because of low-quality of jobs, low wages and low level of attractiveness of the sector
- **Suboptimal service** due to staff shortages, some regulated professions and regulatory barriers in cross-border service provision
- Slow innovation and digitalisation / limited **data sharing** + dominance of (extra-EU) online platforms
- **Overtourism** in some regions/cities (hotspots) and anti-tourism sentiment
- Effects of **climate change** and resistence to shocks (resilience)

Possible solutions to address the challenges

- **Smart tourism** – fund the uptake of **sustainability** and **digitalisation**; building up an EU **data space for tourism**; provide neutrality for online consumers and businesses
- EU **Pact for Skills** – large-scale partnership in tourism + increase intra-EU mobility + extra-EU work force; EU Talent Pool; jobs and skills campaign
- Eliminate remaining **legal / administrative barriers** and limit the regulation of tourism professions
- Study the **impacts of climate change and mitigation efforts**
- **Ensure support** for EU destinations most heavily impacted

Key elements of the Transition pathway for tourism

Continuous co-creation

Shared objectives and areas of action

Flexibility in how to get engaged

Visibility and sharing of good practices

Facilitating peer learning

Support for common challenges

Collaborative follow-up

#EUTourism

European Commission

Transition Pathway for Tourism 70 actions under key topic areas

Digital transition

- Data-driven tourism services
- Clear online information offer
- R&I for digital tools and services
- Interoperable data space for tourism
- Digitalisation of SMEs and destinations

Green transition

- Circular tourism services
- Sustainable mobility
- Companies reducing environmental impacts
- R&I projects and pilots on sustainable tourism
- Experimenting environmental footprint methods for tourism

Policy & governance

- Collaborative and smart destination governance
- Comprehensive tourism strategies
- Expanding tourism indicators
- Multimodal travelling
- Short-term rentals

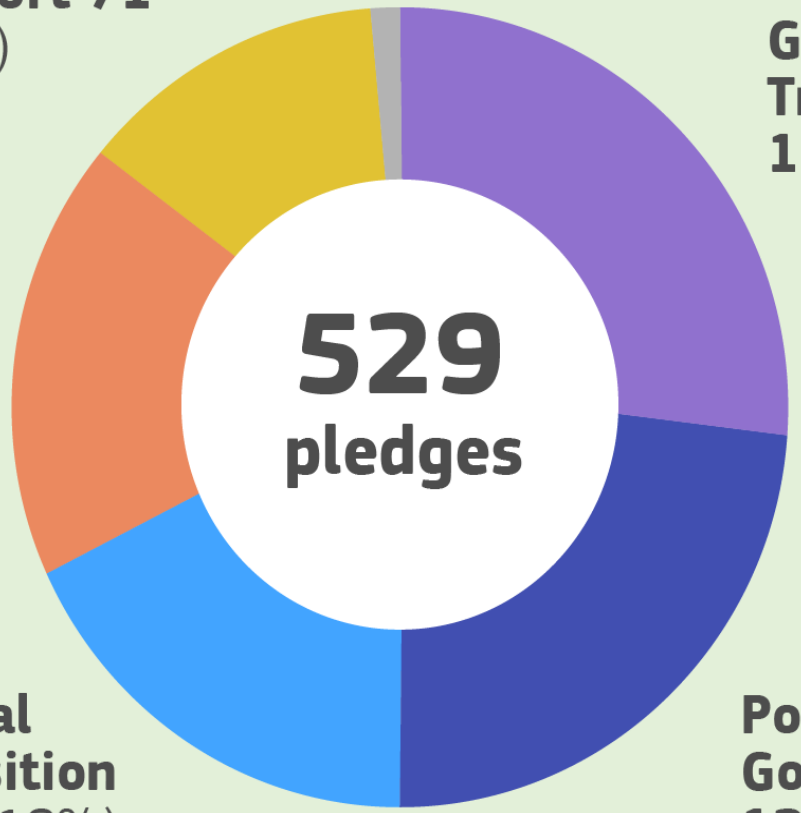
Stakeholder support

- Networking, Best practice sharing
- Awareness raising (skills needs, transition benefits)
- One-stop-shop to find resources (skills, funding)

Skills & resilience

- Facilitating travelling (cross-border, coordinated rules sharing)
- Skills and education development
- Fair and good quality jobs
- Accessible tourism services
- Diversification of tourism services, including resident perspective

#EUTourism Transition Pathway 5th round



Stakeholder Support 71 (13%)

Other 6 (1%)

Green Transition 130 (25%)

Skills and resillience 95 (18%)

Digital Transition 103 (19%)

Policy and Governance 124 (23%)

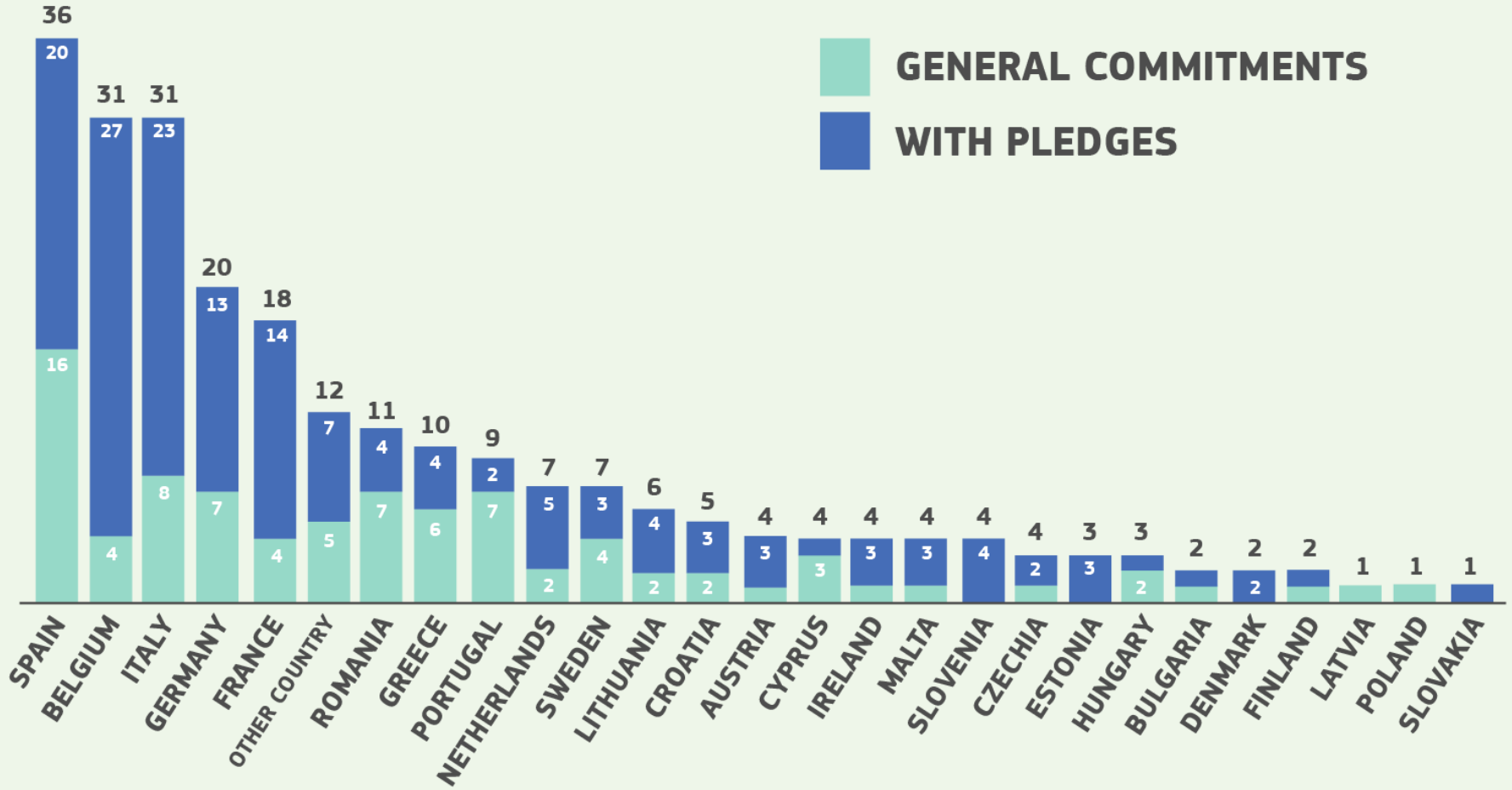
European Commission

Organisations with commitments

241
organisations

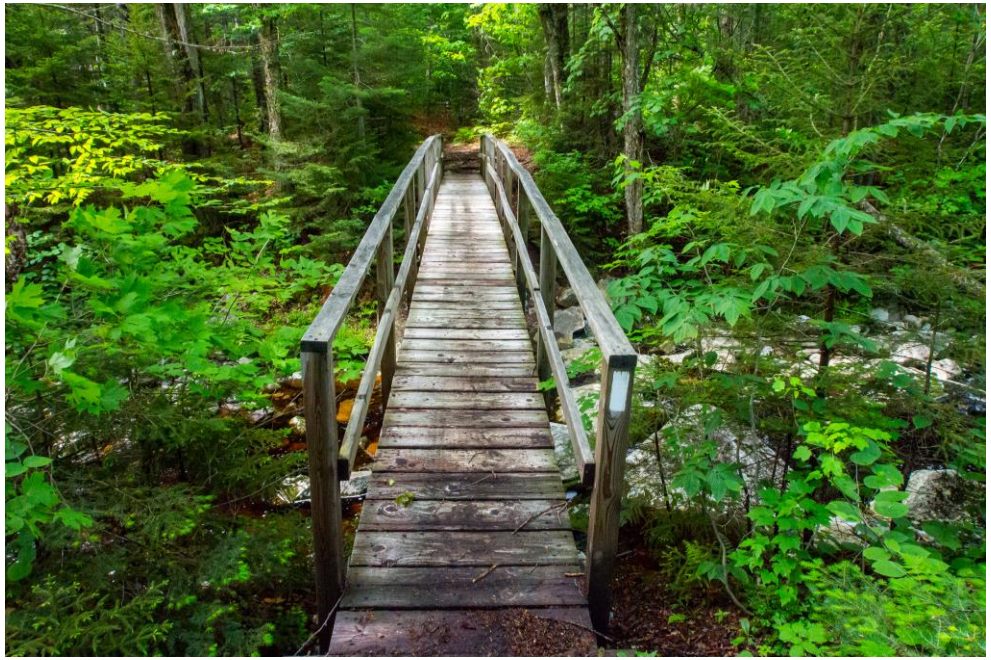
26
Member states

10
non-EU countries



Green transition: key challenges and opportunities

- How to make **sustainability a competitive advantage**?
- How to ensure a **balanced growth** across territories and seasons?
- **Contribute to EU climate action**, reducing impacts on environment (CO2 emissions, circularity actions, protecting biodiversity)
- **Adaptation to climate change impacts** (extreme weather conditions, coastal erosion, lack snow, changing tourist flows, preparedness and resilience mechanism)
- **Empowering long-term sustainability** with appropriate governance, data availability and application, digital solutions, AI, innovation, adequate skills..)
- Bring **economic and social benefits for host communities**
- Building **awareness and changing mindset** (supply & demand)



European Commission

Legislative basis for green transition: European Green Deal Delivering EU 2030 targets

Fit for 55 - Tracking Commission proposals

EU Emissions Trading System (ETS) reform

Status: Adopted

New EU Emissions Trading System for building and road transport fuels

Status: Adopted

Social Climate Fund

Status: Adopted

Effort Sharing Regulation

Status: Adopted

Regulation on Land Use, Forestry and Agriculture (LULUCF)

Status: Adopted

CO2 emissions standards for cars and vans

Status: Adopted

Carbon Border Adjustment Mechanism

Renewable Energy Directive

Energy Efficiency Directive

Alternative Fuels Infrastructure Regulation (AFIR)

Status: Adopted

ReFuel EU Aviation Regulation

Status: Adopted

FuelEU Maritime Regulation

Status: Adopted

Energy Performance of Buildings Directive

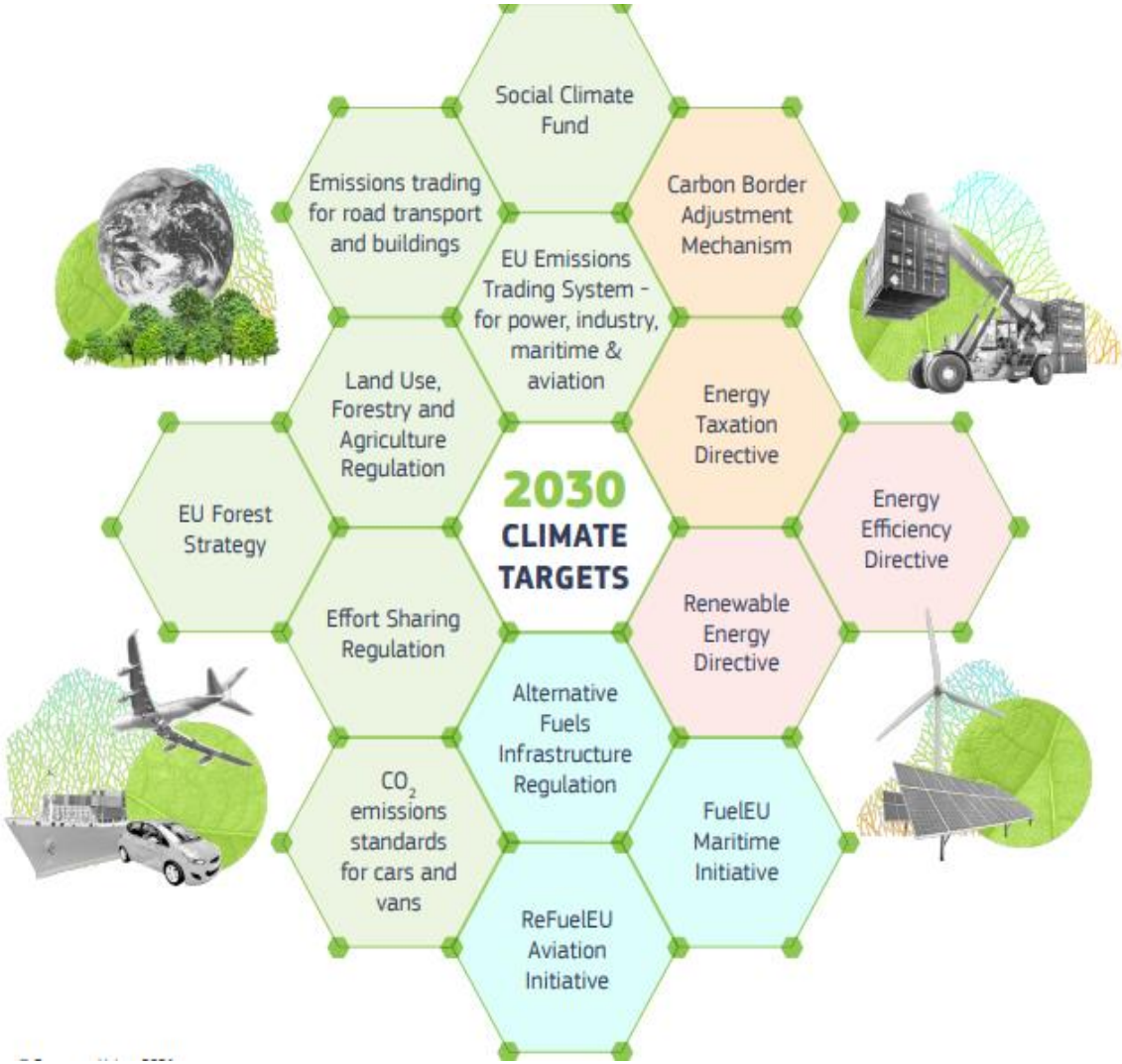
Status: Adopted

Updated EU rules to decarbonise gas markets and promote hydrogen

Status: Adopted

EU Methane Regulation for the energy sector

Status: Adopted



European Commission

Supporting circular tourism services

- **EU Ecolabel for tourist accommodations:** certifying environmental excellence with the EU Ecolabel
- **EMAS for sustainable tourism** (Eco-Management and Audit Scheme): evaluate, report and improve the environmental performance of your organization

  Webinar "How EMAS can support improving the sustainability of the tourism sector" 27 September 2024, register here
- **Developing Product Environmental Footprint Category rules for hotel accommodation sector** (EC project 2024-2026): measure environmental impacts by applying Life Cycle Assessment method - PEF, compare and communicate to costumers

Legislation:

- Revision of **Waste Framework Directive** (food waste targets) – with co-legislators
- **Packaging and Packaging Waste Regulation** (HORECA, restrictions on single use packaging) – with co-legislators
- **Substantiation and communication of explicit environmental claims (Green claims)**: Directive to empower consumers for the green transition (adopted Feb, 2024) and proposal for Green Claims Directive (with co-legislators)

Green transition: projects, good practice

SMEs capacity building in green transition (SMP):

- ✓ *"Boosting sustainable tourism development and capacity of tourism SMEs through transnational cooperation and knowledge transfer"* (COSME 2019, 6 finalized projects: EU ECO-TANDEM, CENTOUR, ETGG2030, SUSTOUR, TOURISME, TOURBAN)
- ✓ *"Sustainable growth and building resilience in tourism – empowering support to SMEs to carry out the twin transition"* (SMP-COSME-2022-TOURSME)
- ✓ *"Transitioning to a more sustainable and resilient ecosystem – empowering tourism SMEs"* (SMP-COSME-2023-TOURSME-01)

Supporting destinations:

- ✓ *Supporting sustainability and resilience of EU tourism destinations*: facilitate change towards more sustainable and resilient tourism destinations, **mapping challenges, good practice, peer-to-peer learning**.
- ✓ **Promoting excellence in sustainable practice in cities and smaller destinations**: European Capital and Green Pioneer of Smart Tourism: yearly promotion of excellence, best practices and content also available on EU Smart Tourism Podcast

Urban Agenda and cooperation:

- ✓ **Thematic partnership on Sustainable Tourism under European Urban Agenda:** multi-level urban cooperation, Action Plan implementation to start in Q4 2024
- ✓ **Sustainable tourism in urban areas: 7 innovative projects selected under** Second Call for Proposals EUI - Innovative Actions | EUI (urban-initiative.eu): municipalities of Coimbra, Copenhagen, Argyroupoli, Krakow, Prato, Ravenna and Valencia.

Supporting Member States technical capacity:

- ✓ **Technical Support Instrument – Tourism flagship** helped HR, ES, IT, SI, PT, MT, EL improve their tourism statistics frameworks, tourism management strategies and tools, enabling framework for SMEs.

Cohesion policy supporting tourism:

- ✓ Home - Interreg Euro-MED : Sustainable Tourism (interreg-euro-med.eu);
- ✓ Kohesio: discover EU projects in your region (europa.eu)

European Commission

Green transition: studies, surveys, reports

- Study "**Unbalanced tourism growth at destinations (overtourism)**" + best practice, informative compendium & dialogue with destinations (2022)

Climate risks and adaptation:

- Commission Communication on managing climate risks
- **Regional impact of climate change on European tourism demand - Publications Office of the EU (europa.eu)**

European Travel Commission: studies, surveys, promotion Publications - ETC Corporate - ETC Corporate (etc-corporate.org) (Climate Change and Tourism in Europe, Handbook on Encouraging Sustainable Tourism Practices, among others)

Eurobarometer surveys on citizens choices in tourism

Tackling the challenge of labour shortages

Resilience of the EU tourism ecosystem

- **Challenges** exist for a long time to fill unskilled and highly-skilled jobs, particularly in **hospitality**.
- COVID-19 pandemic exacerbated this problem (lockdowns, workers left for other sectors…)
- Recent figures (2022/23) show that over 1 million jobs are left unfilled in tourism, with 10-20% of hospitality jobs available. 92% of small and medium-sized enterprises (SMEs) in tourism encounter challenges in hiring skilled staff.
- Challenges related to the housing of workers, social aspects (working hours, wages) all contribute
- Member States and stakeholders share best practices (through pledges and the T4T platform) on what measures they have taken to increase the attractiveness of jobs in tourism and hospitality
- The Pact for Skills large-scale partnership for the tourism ecosystem also aims to address these issues.
- The EU Talent Pool aims to facilitate the recruitment of talent from third countries, to make the EU labour market more competitive and to tackle shortages on the European labour market

- DG GROW launched an [EU-wide campaign on tourism jobs and skills] this summer, with the aim to attract more workers to the sector. First campaign targeted employees, job seekers and students for the summer season.
- The **second part** of the campaign will focus on employers, businesses and jobs, and will be launched ahead of the winter season.
- All materials produced are available in **23 EU languages** for multiplication purposes, and an extensive social media campaign **#EUTourismJobs** accompanies this endeavour.

European Commission

Accessibility

Resilience of the EU tourism ecosystem

- Topic 25 of the Transition Pathway is „**Enhancing accessible tourism services**”
- In September 2023, a proposal for the **European Disability Card** and the **European Parking card** was made. Negotiations in the EU Council and the EU Parliament are to follow.
- The **European Disability Card** will serve as a **proof of disability status** across all EU countries and grant equal access to **special conditions and preferential treatments** anywhere in the EU. It will **complement national disability cards**, which will continue to be awarded by national authorities, based on their own criteria.
- The **European Parking Card** will guarantee use of parking spaces and facilities reserved for persons with disabilities in all EU countries.
- European **consumer legislation** takes into account the particular needs of persons with disabilities in tourism:
  - Package Travel Directive, Air Passenger Rights Regulation, Proposal on multimodal travel services…

    e.g., Art. 4 (1)(a)(vii) PTD - Information obligation of package organisers, whether main travel services are *generally suitable for persons with reduced mobility and, upon the traveller's request, precise information on the suitability of the trip or holiday taking into account the traveller's needs),*

Funding for EU tourism

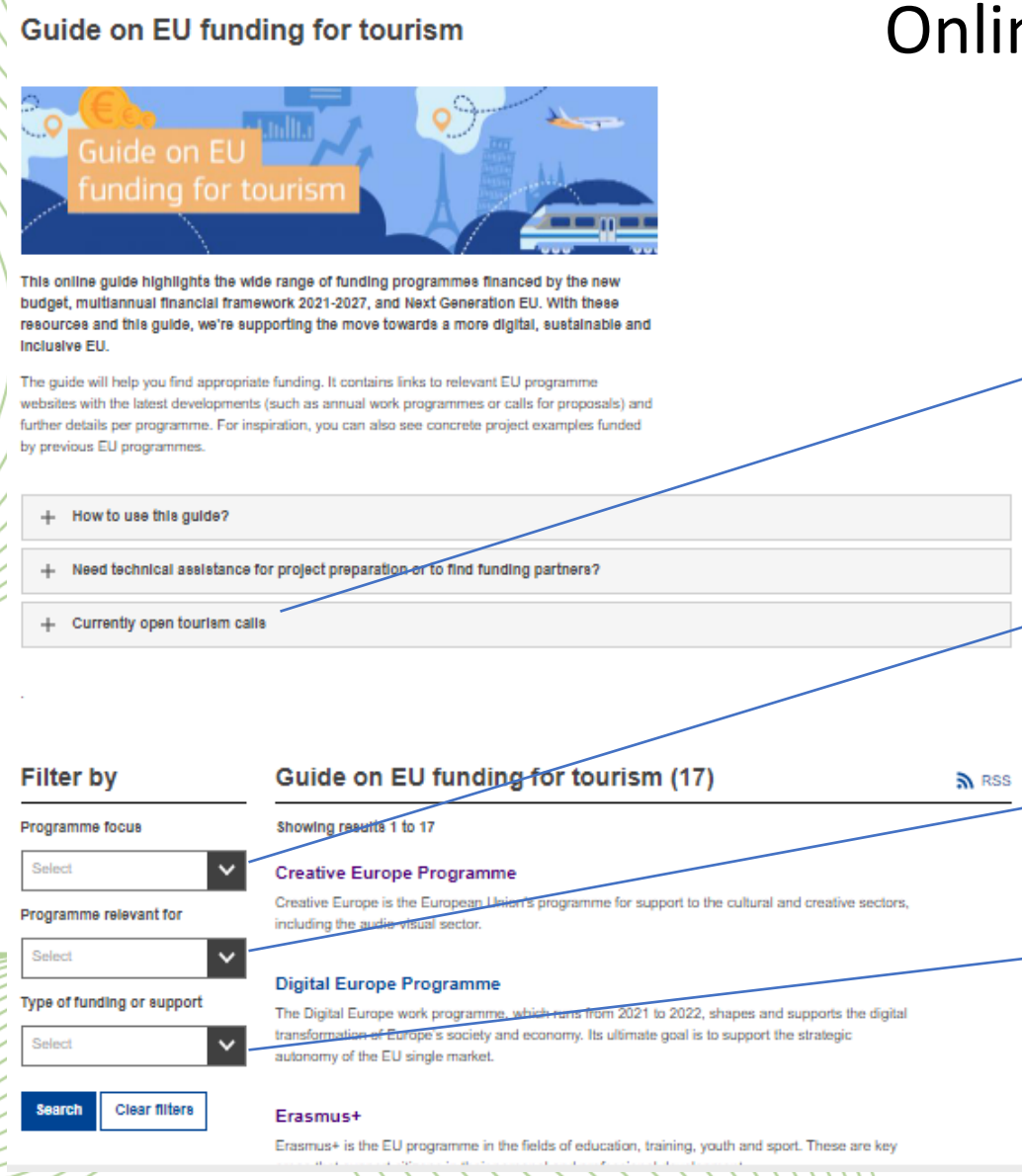
Examples of opportunities specifically for Member States' public authorities

- **Cohesion Policy**: European Regional Development Fund has a planned budget of €10,8 billion for 2021-2027 for Germany. No budget for tourism foreseen but could fit in specific objectives as growth and competitiveness of SMEs or energy efficiency.
  - Responsible ministry: Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Referat Z 4: Verwaltungsbehörde EFRE und ESF+ Osterstraße 40 30159 Hannover
- **Invest EU**: Member States may also opt, in a Partnership Agreement, to contribute to InvestEU to mobilise public funding and private resources for tourism. The Commission will negotiate mandates with financial partners to deploy the available EU guarantees.
- Regional or local authorities can participate to several different Calls for proposals (or tenders) of EU Programmes like Horizon Europe.

➔ We regularly publish relevant open Calls in our Guide on EU funding for tourism. It helps tourism stakeholders to find resources among several EU funding programmes.

Funding for EU tourism

Online: [The Guide on EU funding for tourism]



Find a selection of currently open tourism calls

Search for a relevant EU Programme: Choose a **theme** (sustainable tourism, crisis recovery, skills, research,…)

Select **who you are** (SMEs, public authority, academic institution, NGOs, ...)

Define **type of funding** (grants/subsidies; loans/guarantees; technical assistance, …)

#EUTourism

European Commission

The way forward

A strategic approach to tourism at all levels of government

- **Tourism Transition Pathway and EU Agenda for Tourism 2030** follow-up with Member States, European Parliament and all Stakeholders
- Boosting **sustainability**: promoting EMAS, EU ecolabel for tourist accommodations, Product Environmental Footprint category rules, awareness raising and continuing to develop green multimodal transport and mobility
- Enhancing the use of **data and digital tools:** tourism data space, tourism statistics, implementation of STR, DMA, DSA and P2B regulations
- Improving **resilience** and **regional cohesion**: promote Pact for Skills large-scale partnership for tourism, national and regional skills partnerships, develop key competences for tourism workforce, promote staff mobility, EU Talent Pool; guidance and support tools for local and rural destinations
- Systematic **support** to tourism SMEs and destinations; engagement of stakeholders
- Continued promotion of '**Destination Europe**'

Any questions or comments?

#EUTourism

European Commission

Zukunft der EU Kohäsionspolitik

Justus Seuferle

DG EMPL

Übersicht

1. 9ter Kohäsionsbericht
2. Zukunft der Kohäsionspolitik 2028+

European Commission

9ter Kohäsionsbericht

- **Starke Aufwärtskonvergenz** in den seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten
  - Anstieg des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP von rund 52 % des EU-Durchschnitts im Jahr 2004 auf 80 % im Jahr 2023 – Unterstützung der Kohäsionspolitik und Integration in den Binnenmarkt
  - Arbeitslosenquote in diesen MS sank von durchschnittlich 13 % auf 4 %
- Wachstum angetrieben durch eine **hohe Produktivitätssteigerung**
- **Uneinheitliche Konvergenz** in der EU
- Schlüsselrolle bei der **Förderung öffentlicher Investitionen** (13 % im Durchschnitt und 51 % der staatlichen Investitionen in weniger entwickelten Mitgliedstaaten)
- Beitrag zur **Verwaltungskapazität und zur Qualität der Governance**

Nicht alle Regionen profitieren von der gleichen Wachstumsdynamik

- Nach wie vor **großes wirtschaftliches Gefälle**: mehr als 1 von 4 EU-Bürgern lebt in weniger entwickelten Regionen
- Zunahme der **internen Disparitäten** mit unterschiedlichen Mustern:
  - *Höheres Wachstum der Hauptstadtregionen - östliche Mitgliedstaaten*
  - *Geringeres Wachstum der ärmeren Regionen - z.B. Frankreich, Griechenland*
- Immer mehr Regionen sind von **wirtschaftlicher Stagnation oder Niedergang** betroffen - Gefahr einer Entwicklungsfalle
  - *Quelle der Frustration, die die politische Unzufriedenheit anheizt*
  - *Die Ursachen sind unterschiedlich - z. B. unzureichende wirtschaftliche Spezialisierung, ineffizientes Innovationsökosystem, schwache öffentliche Verwaltung, Qualifikationsdefizite*
  - *Erfordert Analyse und maßgeschneiderte politische Antworten durch Reformen und Investitionen*

Lehren für die Zukunft

- Bessere **Koordinierung und Kohärenz mit nationalen Maßnahmen** zur Förderung des Zusammenhalts - gemeinsames Ziel der EU und der Mitgliedstaaten
  - *Einbeziehung einer territorialen Dimension zur Stärkung der Kohärenz zwischen regionsspezifischen Bedürfnissen und horizontalen Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene*
- **Effektivere und einfachere Durchführung - mögliche Verbesserungen**
  - *Unzureichende Inanspruchnahme der Vereinfachungsoptionen des Rechtsrahmens 2021-2027*
  - *Stärker leistungsorientierte Umsetzung mit Zahlungen auf der Grundlage von Meilensteinen und Ziele*
  - *Anpassung an die Ziele des Vertrags unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem regionalen und ortsbezogenen Ansatz der Kohäsionspolitik und der ARF*
- **Erreichen langfristiger Ziele, aber mit eingebauter Flexibilität** für unvorhergesehene Umstände
  - *Die Flexibilität der Kohäsionspolitik hat im Laufe der Zeit zugenommen, doch müssen die langfristigen Ziele der Politik beibehalten werden*

3. Zukunft der Kohäsionspolitik (2028+)

- ✓ Bericht der “hochrangigen” Expertengruppe
- ✓ VertreterInnen der Wissenschaft, Politik, sozioökonomischen Partner und Zivilgesellschaft (*ad personam*)
- ✓ Veröffentlichung der Schlussfolgerungen und Empfehlungen der unabhängigen Gruppe am **20. Februar 2024:**

https://ec.europa.eu/regional_policy/policy/how/future-cohesion-policy_en

Warum die Kohäsionspolitik jetzt wichtig ist

Herausforderungen für die Union

- Wettbewerbsfähigkeit
- Gesellschaftliche Polarisierung
- Soziale Ungleichheiten
- Geopolitische Unordnung und Herausforderungen

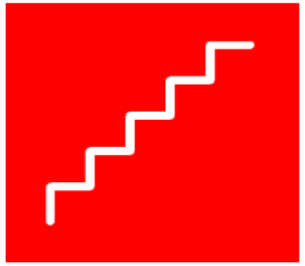
Risiken für die Zukunft

- Ökonomische
- Soziale
- Politische
- Ökologische

European Commission

Wie sollte sich die Kohäsionspolitik ändern? (1/2)

- Aufbau einer **ortsbezogenen Politik**, in der den Stärken und Bedürfnissen der Regionen Rechnung getragen wird
- Nutzung **lokaler Fähigkeiten und Potenziale**
- Aufbau **starker Kapazitäten und Institutionen**
- Verbesserung der Umsetzung durch **stärkere Ergebnis – und Leistungsorientierung**
- **Rationalisierung** des Verwaltungsaufwands und **Vereinfachung**
- Langfristige Ziele und **notwendige Flexibilität**
- Tragfähiger **Haushalt:** Kohäsionspolitik **für alle Regionen**

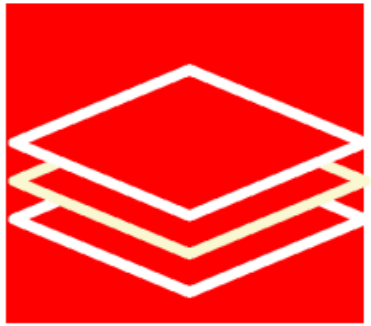


Wie sollte sich die Kohäsionspolitik ändern? (2/2)

Zusammenarbeit:

- Schaffung von **Synergien** mit anderen Initiativen der EU und der Mitgliedstaaten

- Eine Politik mit **strategischem Rahmen**, die Wettbewerbsfähigkeit, Kohäsion und andere relevante Politikbereiche als Teil des **Europäischen Semesters** miteinander verbindet.



Bedeutung der Kohäsionspolitik für die wirksame Integration künftiger Mitgliedstaaten

Zukunft Kohäsionspolitik

- **Bereits geschehen:**
  - Konsultationen und Austausch, Förderung von politischen Debatten mit den Mitgliedstaaten, Initiativen wie der MPK-Beschluss zur Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 und Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 vom 6. November 2023.
  - Gruppe hochrangiger Spezialisten (Wissenschaftler, Praktiker, politische Entscheidungs- und Interessenträger): Endbericht vorgelegt im Februar 2024
  - 9. Kohäsionsbericht 27. März 2024; Kohäsionsforum am 11./12. April 2024
- neue Kommission November 2024
- Vorschlag der Kommission zur Kohäsionspolitik nach 2027, geplant für das 1. Halbjahr 2025

European Commission

Vielen Dank!

© **European Union 2024**

Unless otherwise noted the reuse of this presentation is authorised under the CC BY 4.0 license. For any use or reproduction of elements that are not owned by the EU, permission may need to be sought directly from the respective right holders.

Austausch von Daten im Zusammenhang mit kurzfristigen Vermietungen von Unterkünften (“Short term rentals”)

Verordnung (EU) 2024/1028

17. September 2024

Verordnung (EU) 2024/1028

- *VERORDNUNG (EU) 2024/1028 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 11. April 2024 über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften*
- *Inkrafttreten 19. Mai 2024*
- *Anwendbar ab 20. Mai 2026*

European Commission

Zielsetzung

- Ein unionsweites System, um die **nutzerfreundliche und effektive Registrierung von Gastgebern** und den **Datenaustausch durch Online-Plattformen** zu ermöglichen.

- Nationale Behörden bleiben im Rahmen des Unionsrechts zuständig für die **Regulierung von kurzfristigen Vermietungen**, z.B. im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit, Städteplanung, Steuererhebung …)

European Commission

Bausteine der Verordnung

Ein harmonisierter Ansatz zur Registrierung

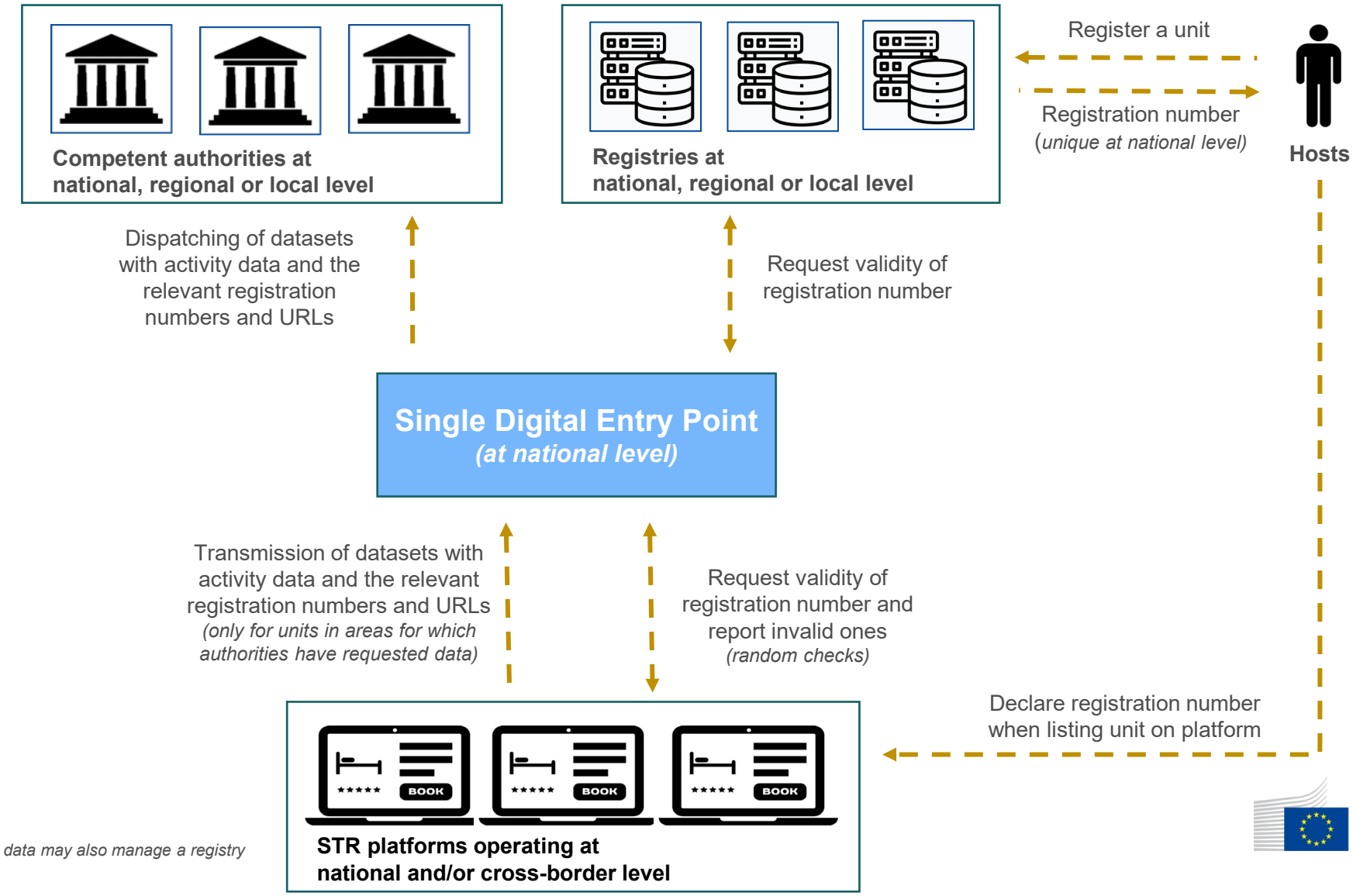
Online-Plattformen ermöglichen die Anzeige von Registrierungs-nummern und führen Zufallskontrollen durch.

Online-Plattformen teilen Daten mit der einheitlichen Digitalen Zugangsstelle (“Single Digital Entry Point”) im jeweiligen Mitgliedstaat

Überwachung und Durchsetzung

European Commission

Functioning of the STR framework

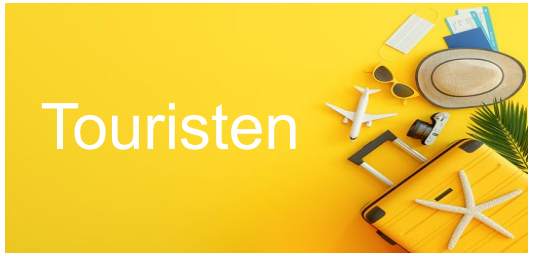


* A competent authority collecting STR data may also manage a registry

European Commission

Vorteile der Verordnung für …

Qualitativ hochwertige Daten



Mehr Sicherheit durch bessere Kontrollen

Transparenz und klare Regeln

Fairer Wettbewerb “Level playing field”

Harmonisierte und verhältnismässige Regeln zum Datenaustausch

European Commission

Weitere Umsetzungsschritte

Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der:

- Einrichtung interoperabler Register
- Schaffung der einheitlichen digitalen Zugangsstellen (“**Single Digital Entry Points -** SDEP”)
- Entwicklung **gemeinsamer Datenspezifikationen** für den Austausch von Daten zwischen Online-Plattformen und öffentlichen Verwaltungen

Danke!

© European Union 2024

Unless otherwise noted the reuse of this presentation is authorised under the CC BY 4.0 license. For any use or reproduction of elements that are not owned by the EU, permission may need to be sought directly from the respective right holders.

European Commission